

Ansprache Diplomfeier OSI/WS 06/07 am 9. Februar 2007

Corinna Jentsch

Liebe Absolventinnen und Absolventen,
liebe Dozentinnen und Dozenten,
liebe Gäste,

jetzt ist es geschafft – aber sind mit dem Abschluss des Studiums alle Fragen beantwortet?

Nicht nur wir Studierende der Politikwissenschaft fragen uns zahlreiche Semester lang, was Politikwissenschaft denn eigentlich ist und sein soll. Die Disziplin selbst zeichnet sich, vor allem in Deutschland, dadurch aus, diese Fragen stets neu zu stellen und die jeweiligen Ziele immer wieder neu zu bestimmen.

Folgt man Ernst Fraenkel, Mit-Neubegründer der Politikwissenschaft in Berlin nach dem zweiten Weltkrieg, stellt sich Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft dar. Sie umfasst Demokratieforschung, Demokratiebegündung und Demokratielehre. Empirische und normative Fragen sind eng angebunden an einen spezifischen Bildungsauftrag. Ist dies heute noch aktuell? Wie eng sind politikwissenschaftliche Fragen an die Formulierung von Handlungsanleitungen gebunden?

Ein Kommilitone hat mal gesagt, politisch aktiv zu sein, ist keine Voraussetzung, um Politik zu studieren. Dozenten der Sozialwissenschaften betonten aber vor kurzem auf einer Podiumsdiskussion, dass ihr Anspruch an Wissenschaft stets ein kritischer ist – politische Fragen beinhalten notwendigerweise die Kritik der sozialen Umwelt und ihre Veränderung. In meinen Augen heißt dies, dass ein politikwissenschaftliches Studium stets mit politischem Engagement verbunden sein sollte.

Dieser Veränderungsimpetus war stets präsent am OSI – beim Streik war das OSI immer als erstes mit dabei, mit Seminarsitzungen in der U-Bahn oder vor dem Roten Rathaus haben die Studierenden gegen Studiengebühren und Etat-Kürzungen gekämpft. Mit einem Institutstag und den daraus entstandenen Arbeitsgruppen zur Überarbeitung der neuen Prüfungsordnungen, der Verbesserung der Lehre und der Einführung eines Mentorenprogramms für Erstsemestler wurde deutlich, dass hier nicht nur passiv studiert wird. Und auch außerhalb der Uni zeigten die Studierenden Engagement und waren aktiv – in Vereinen, Initiativen und Parteien.

Zunächst empfand ich den Druck, den ich hier am Institut erlebte, zu allem eine politische Meinung zu haben, befremdlich. Stellung zu beziehen, bedeutete für mich den Ausschluss vieler Aspekte, von denen ich mir erhoffte, sie im Laufe des Studiums kennen zu lernen und am Ende überblicken zu können.

In der Auseinandersetzung mit den Themen Krieg und Frieden, Demokratie und Entwicklung erfuhr ich jedoch, wie wichtig eine kritische Betrachtung ist, die auch vor einem politischen Urteil nicht zurückschreckt. Ein längerer Aufenthalt in Malawi im südlichen Afrika machte mir deutlich, welche Lebensrealität ich eigentlich erforsche – und wie politisch relevant die Ergebnisse meiner Arbeit sein können. In den ländlichen Gebieten Malawis haben traditionale Autoritäten, so genannte chiefs, eine wichtige Bedeutung für das politische Zusammenleben. In einem Forschungsprojekt untersuchte ich die Konflikte, die zwischen traditionellen Eliten und gewählten Mitgliedern der kommunalen Parlamente entstanden. Zwar hatten die traditionellen Autoritäten eine große Mobilisierungswirkung auf die Bevölkerung. Diese konnte aber leicht von Politikern, die sich mit dem Einfluss auf die chiefs einen Wahlsieg erhofften, missbraucht werden.

Vom Projekt, bei dem ich arbeitete, wurde ich im Anschluss an meinen Abschlussbericht nach einer Empfehlung für den weiteren Umgang mit den chiefs gefragt. Dabei wurde mir klar, dass eine einfache Abschaffung der traditionellen Autoritätsstrukturen im gegenwärtigen Demokratisierungsprozess nur die Übertragung eines europäischen Modells, aber nicht die Anpassung an spezifische lokale Verhältnisse bedeutet hätte. Die Beurteilung, ob dies richtig oder falsch ist, halte ich für eine politische Frage, die mich auch als Politikwissenschaftlerin tangiert, und auf die ich Einfluss nehmen sollte.

Wenn Politikwissenschaft immer die politischen Folgen ihrer Arbeit im Blick haben muss, so zeigen meine Erfahrungen in Malawi aber auch, dass Politikwissenschaft über Demokratiewissenschaft hinaus gehen muss. Politikwissenschaft heute kann nicht die Beschaffenheit der politischen Ordnung, die sie betrachtet, vorwegnehmen. Sie muss offen sein für verschiedene Ausformungen einer Ordnung und alternative Lösungen und darf sich nicht von der Politik ihre Ergebnisse vorschreiben lassen. Die Anerkennung der Politikwissenschaft als eigenständige wissenschaftliche Disziplin basiert nicht zuletzt darauf, dass sie eine gewisse Unabhängigkeit von der Tagespolitik behält.

Auch wenn ich gelernt habe, dass Politikwissenschaft und politisches Handeln stets zusammen gehören, kann ich die Ambivalenz ihres gegenseitigen Einflusses nicht auflösen. Am Ende des Studiums bleiben eben immer noch viele Fragen offen. Zumindest hat die Politikwissenschaft am OSI uns gelehrt, uns zu engagieren und Einfluss zu nehmen – nicht nur während des Studiums, sondern hoffentlich auch darüber hinaus.

Ein herzlicher Dank dafür geht an die Professorinnen und Professoren, Dozentinnen und Dozenten.

Für das „darüber hinaus“ wünsche ich uns allen alles Gute.

Vielen Dank.